
Audunson, Ragnar; Andresen, Herbjørn; Fagerlid, Cicilie; Henningsen, Erik; Hobohm, Hans-Christoph; Jochumsen, Henrik; Larsen, Håkon; Vold, Tonje (Ed.): Libraries, Archives and Museums as Democratic Spaces in a Digital Age. Berlin, Boston: De Gruyter, 2020. 370 S., Hardcover. ISBN: 9783110629545 99,95 €

Besprochen von **Hermann Rösch**: TH Köln Technology, Arts, Sciences – Institut für Informationswissenschaft, Claudiusstr. 1, D-50678 Köln, E-Mail: Hermann.Roesch@th-koeln.de

<https://doi.org/10.1515/bfp-2021-0036>

Schon seit Ende des 20. Jahrhunderts wird immer wieder die Frage aufgeworfen, welche Folgen Digitalisierung und Virtualisierung für die Gesellschaft im Ganzen, aber auch für einzelne Subsysteme, für Institutionen und bestimmte Berufszweige haben könnten. Die Prognosen schwanken nicht selten zwischen apokalyptischen Untergangsvisionen und euphorischen Erlösungserwartungen. Es ist daher besonders hilfreich, wenn mit wissenschaftlichen Methoden und nüchternem Blick nach differenzierten Antworten gesucht wird. Diesem Ansatz fühlen sich die Autoren des hier zu besprechenden Sammelbandes verpflichtet.

Wie im einleitenden Überblick erläutert stehen die Arbeiten in Verbindung mit dem Projekt ALMPUB, „Archives, Libraries and Museums. Digitization and the Public Sphere“, das vom norwegischen Forschungsministerium finanziert wurde. Ermittelt werden sollte in diesem Rahmen, welche Effekte mit der fortschreitenden Digitalisierung für Archive, Bibliotheken und Museen verbunden sind. Im Vordergrund sollte dabei die Frage stehen, ob die genannten Institutionen in einer digitalen Gesellschaft zusätzliches Potenzial hinsichtlich einer Verfestigung und Erweiterung demokratischer Strukturen besitzen und in welchem Umfang dieses bereits zur Entfaltung gebracht

werden konnte. Besonders reizvoll und innovativ am Projektdesign sind zum einen der länderübergreifende und zum anderen der spartenübergreifende Ansatz. Bibliotheken, Archive und Museen als komplementäre Einrichtungen zu behandeln, eröffnet die Chance, Synergien zu identifizieren, die sich durch Digitalisierung bieten.

Der vorliegende Band umfasst neben der Einführung 16 Beiträge, von denen sechs empirische Daten aus verschiedenen Ländern vergleichen. Meist handelt es sich dabei um die skandinavischen Länder Norwegen, Schweden und Dänemark sowie Deutschland, die Schweiz und Ungarn. Ein weiterer Beitrag beschäftigt sich mit Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn. Allein neun Beiträge behandeln Fragestellungen, die sich ausschließlich auf Norwegen beziehen. Es wäre hilfreich gewesen, wenn darauf durch einen präzisierenden Zusatz zum Hauptstichwort aufmerksam gemacht worden wäre. Der eigentliche Untersuchungsgegenstand wird unter drei Perspektiven beleuchtet. Zunächst geht es darum zu prüfen, welche Rolle Demokratieförderung durch Digitalisierung in bibliotheks-, archiv- und museumspolitischen Programmen und Strategiepapieren spielt. Der zweite Teil rückt die Frage in den Mittelpunkt, ob und in welchem Maße das demokratiefördernde Potential dem Fachpersonal bewusst ist und ob sich damit veränderte Rollen und Dienstleistungsangebote verbunden haben. Schließlich geht es im dritten Teil darum, die Nutzerperspektive einzubeziehen. Allerdings kommen die Nutzerinnen und Nutzer von Archiven und Museen nur in einem der sechs Beiträge vor. In vier Fällen geht es ausschließlich um Öffentliche Bibliotheken, während ein Beitrag Umfang, Frequenz und Motive der Mitarbeit an einem von der Norwegischen Nationalbibliothek betriebenen Wiki zur Lokalgeschichte untersucht.

Nachvollziehbarerweise können an dieser Stelle nicht alle Beiträge des Sammelbandes gebührend gewürdigt werden. Im Folgenden kann daher nur auf ausgewählte Aspekte und Ergebnisse eingegangen werden. Kerstin Rydbeck und Jamie Johnston haben die gesetzlichen Grundlagen und die Nutzungsstatistiken von sechs Ländern miteinander verglichen. Dabei hat sich herausgestellt, dass es zu Öffentlichen Bibliotheken erheblich mehr rechtliche Regelungen (u. a. Bibliotheksgesetze) gibt als zu Archiven und Museen. Die Vermittlung von Information, der Zugang zu Kultur und Wissen wird in mehreren Ländern als Voraussetzung für demokratische Partizipation und Informationsfreiheit bezeichnet. Hinsichtlich der Bibliotheksstatistik (Stand 2017) zeigt sich in frappierender Weise, wie sehr Öffentliche Bibliotheken in Deutschland gegenüber den skandinavischen Ländern hinterherhinken (Aufwand pro Einwohner in Deutschland 12 €, in Dänemark 59 €; Vollzeitstellen pro 1000 Einwohner in Deutsch-

land 0,14, in Dänemark 0,65; Besucher in der Bibliothek vor Ort pro Einwohner in Deutschland 1,5, in Dänemark 6,7). Erik Henningsen und Håkon Larsen kommen in ihrer Untersuchung zu dem Befund, dass Digitalisierung im Kontext politischer Programme zur Entwicklung von Archiven, Bibliotheken und Museen zunächst den Stellenwert eines Leitkonzeptes hatte, bald jedoch zu einem politischen Imperativ wurde. Sie beobachteten dabei, wie Digitalisierung mystifiziert und dadurch phasenweise geradezu sakralisiert wird. Diese proto-religiöse Aura sei jedoch im Laufe der Zeit demystifiziert worden und einer nüchterneren Einschätzung vor allem des Potenzials zur Demokratieförderung gewichen. Die norwegische Kulturpolitik hatte den Gedanken einer auf Digitalisierung basierender Konvergenz von Archiven, Bibliotheken und Museen aufgegriffen und daraufhin 2003 als staatliches Koordinierungszentrum „ABM-utvikling“ gegründet. Gefördert werden sollten dadurch nicht nur Kooperation und Konvergenz auf technischer, sondern auch auf institutioneller Ebene. Andreas Vårheim, Roswitha Skare, Sigrid Stokstad haben die Entwicklung dieses Projektes bis zu Scheitern und Auflösung von „ABM-utvikling“ 2010 nachgezeichnet und dabei auch interessante Ausblicke auf entsprechende, meist ebenfalls gescheiterte Projekte in anderen Ländern gegeben.

Der zweite Teil mit insgesamt vier Beiträgen untersucht, wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darauf reagieren, dass Institutionen sehr viel stärker als zuvor zu Plattformen des interaktiven Austauschs, der Partizipation, als Forum einer zu stärkenden, demokratisch engagierten Öffentlichkeit werden sollen oder können. Umfragen aus den Jahren 2016 bzw. 2018/19 legen nahe, dass der „social turn“ vom Fachpersonal aller drei Sektoren wahrgenommen und positiv aufgegriffen worden ist. Insbesondere in Bibliotheken sind auch neue Dienstleistungen entwickelt worden („helping people with e-government, electronic banking and offering computer classes“, S. 182), in Museen jedoch steigt zwar die Anzahl digitalisierter Artefakte, web-basierte Ausstellungen hingegen gab es nur selten. Nutzerinnen und Nutzer werden generell jedoch nur in Ausnahmefällen als Kooperationspartner angesehen. Die Integration nutzergenerierten Contents in Kataloge und Findmittel findet so gut wie nie statt. Möglicherweise liegt das auch daran, dass das Konzept „Katalog 2.0“, das sich u. a. durch Einbindung von Nutzerkommentaren, Folksonomies usw. auszeichnet, tatsächlich als zu aufwändig empfunden wird und daher grundsätzlich unattraktiv ist. Roswitha Skare hat den Einsatz von Facebook durch eine Öffentliche Bibliothek und zwei Museen untersucht und auch in dieser Hinsicht festgestellt, dass die Postings meist aus Veranstaltungsankündigungen oder sonstigen Mittei-

lungen bestanden. Es gab keine Impulse, die ein Klima des Dialogs, des Austauschs oder der Konversation zu erzeugen vermocht hätten. Die Vorstellung, dass der Einsatz von Facebook Partizipation und Demokratisierung stärkt, als Treffpunkt und Forum der Selbstverständigung fungiert, trifft offenbar nicht zu. Es bleibt demnach offen, ob Nutzer wirklich via Facebook mit Institutionen kommunizieren wollen, jedenfalls erzeugen sie auf diese Weise keine Inhalte. Nicht thematisiert wird übrigens, dass mit der Nutzung von Facebook erhebliche Probleme hinsichtlich des Datenschutzes und der informationellen Selbstbestimmung verbunden sind und dass darauf mindestens im Rahmen von Schulungen zur Stärkung der Informationskompetenz hingewiesen werden sollte.

Der letzte Teil, der dem Nutzerverhalten gewidmet ist, wird mit der Präsentation von Ergebnissen einer Umfrage zur Nutzung digitaler Dienstleistungen von Archiven, Bibliotheken und Museen aus dem Jahr 2017 eröffnet. Es zeigt sich darin, dass digitale Angebote in skandinavischen Ländern erheblich stärker in Anspruch genommen werden als etwa in Deutschland und der Schweiz. Eine wichtige Erkenntnis aber lautet, dass Digitalisierung den Besuch vor Ort nicht ersetzt. Häufigste Nutzungsform in Bibliotheken waren Katalogrecherche, Vormerkung, Verlängerung; teilweise auch Download von E-Books, seltener auch Anschaffungsvorschläge. Bemerkenswert und ernüchternd ist der Befund, dass sich für alle drei Sparten keinerlei Hinweise darauf ergaben, dass durch Digitalisierung eine erstarkende digitale Partizipationskultur entstehen würde (S. 265). Die in der Theorie artikulierten Erwartungen hinsichtlich der Nutzerbeteiligung sind bislang offenbar nicht eingetroffen. Nach Hans-Christoph Hohbohm's Untersuchung sieht sich das bibliothekarische Fachpersonal in Deutschland als Garant von Meinungsfreiheit und nimmt den Auftrag ernst, Bürgerinnen und Bürger dabei zu unterstützen, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen. Allerdings lässt sich dagegen einwenden, dass gerade die Rolle der Bibliotheken als Garanten von Meinungs- und Informationsfreiheit, wie zahlreiche Ereignisse der jüngsten Zeit in Deutschland unter Beweis stellen, in der Praxis keineswegs unumstritten ist. Cicilie Fagerlid hat sich der Frage gewidmet, in welchem Maße Öffentliche Bibliotheken in ihrer klassischen Funktion als physische Orte, als Treffpunkt und damit als Teil einer sozialen Infrastruktur fungieren und so auf einer Mikroebene (unabhängig von Digitalisierung) in Grundlagen des demokratischen Miteinanders einüben. Mit Blick auf Kinder- und Jugendbibliotheken kommen Tonje Vold und Sunniva Evjen zu einem ähnlichen Ergebnis. Aus ihrer Sicht kann die Bibliothek als Lernort und Treffpunkt erheblich dazu beitragen, dass junge Menschen die notwendigen Fähig-

keiten und Kompetenzen zur aktiven Teilnahme an demokratischen Prozessen erwerben.

Aus der bisherigen Darstellung sollte klar geworden sein, dass der vorliegende Band zum Thema „Bibliotheken, Archive und Museen und ihre Bedeutung zur Stärkung demokratischer Strukturen im Zeitalter der Digitalisierung“ zahlreiche interessante Befunde bietet, die Anlass zu (teilweise durchaus kontroverser) Diskussion und zu weitergehender Forschung bieten. Die Untersuchungsergebnisse der einzelnen Beiträge stehen zum Teil zueinander im Widerspruch. Gerne hätte man in einem bilanzierenden Beitrag dazu mehr erfahren oder auch Hinweise darauf, ob und wie die Forschungen des Projektes fortgesetzt werden. Bedauerlicherweise sind darüber hinaus einige gravierende Mängel zu beklagen, die nicht verschwiegen werden sollen. Zunächst stellt sich die Frage, warum Wissenschaftliche Bibliotheken exkludiert worden sind. An mehreren Stellen ist die Rede von Gedächtnisinstitutionen, zu denen auch Öffentliche Bibliotheken gerechnet werden. Insbesondere im Vergleich zu Archiven hätte es sich angeboten, auch Wissenschaftliche Bibliotheken und deren Funktion bei der Förderung wissenschaftlicher Forschung, aber auch bei der Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse in demokratischen Gesellschaften einzubeziehen. Frappierender aber ist, dass in dem gesamten Band nicht der geringste Hinweis auf die ethische Dimension des Themas zu entdecken ist. Es hätte sich angeboten, die nationalen Berufsethiken und die auf internationaler Ebene vorliegenden Ethikkodizes für Bibliotheken, Archive und Museen heranzuziehen. Auch zum Einsatz von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz in Bibliotheken gibt es keine Aussagen. Große Versäumnisse sind schließlich auf redaktioneller Ebene zu verzeichnen. Im einleitenden Überblicksartikel hätte man sich wenigstens in groben Zügen eine Darstellung des ALMPUB-Projektes (Laufzeit, Finanzvolumen, Überblick über Teilprojekte, Projektpartner usw.) gewünscht. Nach einer einheitlichen Auflösung des Akronymes sucht man vergebens, da ein Abkürzungsverzeichnis nicht für nötig gehalten wurde. Das Register schließlich ist extrem lückenhaft und nahezu unbrauchbar. Im Text häufig vorkommende Begriffe wie *preservation*, *long-term preservation*, *digital born* usw. fehlen völlig. Bei anderen werden zwar einzelne Fundstellen angegeben, dies aber offenbar nach dem Zufallsprinzip. Bei ABM-utvikling findet sich nur S. 44 als Eintrag, tatsächlich ist davon aber mindestens auch auf den S. 105f., 133f. und 141–154 die Rede. Ein letztes Beispiel für die nachlässige oder gar fehlende Abschlussredaktion: Auf S. 166 wird zunächst mitgeteilt, dass die folgende Untersuchung sich auf vier Länder erstreckt, neun Zeilen später werden sechs Länder genannt und auf der gegenüberliegenden Seite wird anhand

der Tabelle klar, dass es fünf Länder sind, auf die sich der Beitrag bezieht. Diese und weitere Unstimmigkeiten sind ärgerlich und schmälern den Wert des Bandes, der doch insgesamt anschlussfähige Befunde und Aussagen zu einem nicht nur aktuellen, sondern auch eminent wichtigen Thema enthält.